

Stiftung Asienhaus und North East India Forum (Hg.)

Theo Rathgeber und Dieter Reinhardt

Nordostindien – Gesellschaft, Politik und Menschenrechte

Einleitung

Der Nordosten Indiens grenzt an China, Nepal, Bhutan, Myanmar und Bangladesch und wird deshalb auch Brücke zwischen Süd-, Südost- und Ostasien bezeichnet. Die Region ist geprägt ist von einer vielfältigen historischen Besiedelungsgeschichte, von einer ressourcenreichen Landwirtschaft, von ausgedehnten Waldgebieten und großen Vorkommen an Bodenschätzen, aber auch von Urbanisierung. In ihr lebt eine Vielzahl von Bevölkerungsgruppen mit eigenen Sprachen und es existieren noch vielfach tradierte Kenntnisse und Fertigkeiten der gemeindezentrierten Regierungsführung und der zivilgesellschaftlichen, friedlichen Streitschlichtung. Jahrzehntelange Autonomie- und Sezessionsbewegungen waren verbunden mit Gewaltkonflikten und einer ebenso langen Geschichte militarisierter Konfliktlösungen. In den letzten Jahren konnten jedoch einige Konflikte beendet werden.

Diese langjährigen Konflikte zwischen indischen Sicherheitskräften und bewaffneten Untergrundorganisationen und viele vom indischen Staat vorangetriebene Infrastruktur-, Bergbau- und Wasserkraftprojekte behindern eine nachhaltige, alle Bevölkerungsgruppen einbeziehende sozioökonomische Entwicklung. Diese Projekte sind häufig verbunden mit der Zerstörung der Lebensgrundlage von ärmeren Bevölkerungsgruppen, die auch von den Auswirkungen des Klimawandels stark betroffen sind.

Über politische Entwicklungen in Nordostindien wird in internationalen Medien weniger berichtet als über andere Regionen Indiens, wie z.B. Jammu, Kaschmir und Ladakh. Nordostindien ist aber für Indien sowohl historisch wie aktuell, sowohl außen- als auch innenpolitisch, eine sehr wichtige Region. Der Einfluss der hindunationalistischen Partei BJP, dessen Vorsitzender Premierminister Narendra Modi ist, ist in den letzten Jahren in fast allen Bundesstaaten Nordostindiens gestiegen. Der sino-indische Grenzverlauf ist auch in dieser Region umstritten, und war Schauplatz des Grenzkrieges dieser beiden Staaten 1962, der tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis Indiens hinterlassen hat. Seit dem Militärputsch der Armee Myanmars am 1. Februar 2021 sind über 15.000 Menschen aus Myanmar, darunter auch Parlamentsabgeordnete und Angehörige von Sicherheitsorganen, die sich geweigert haben, Protestdemonstrationen gewaltsam niederzuschlagen, nach Nordostindien geflüchtet.

Im Folgenden wird zunächst die regionale geografische Brückenfunktion, die Entstehung der acht Bundesstaaten und die Zusammensetzung der Bevölkerung Nordostindiens vorgestellt. Anschließend werden sozio-ökonomische Probleme, die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Gewaltkonflikte sowie die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Konfliktlösung beschrieben.



"Friendship Bridge Road/Bridge" – die Grenzbrücke zwischen Moreh (Manipur) und Tamu (Myanmar) (Foto: Dieter Reinhardt)

Nordostindien – eine Brücke zwischen Süd-, Südost- und Ostasien?

Die geostrategische Bedeutung der Region Nordostindien liegt in ihrer Funktion als Land-Brücke zwischen Süd-, Südost- und Ostasien. (1) Die Region grenzt im Norden und im Osten an die Autonome Region Tibet der VR China und Bhutan, im Süden an Myanmar, im Südosten an Bangladesch und im Westen an Nepal an und ist mit dem Rest Indiens nur durch einen 22 km breiten Landkorridor, dem sogenannten 'chicken neck', verbunden. Die indische Unionsregierung verfolgt unter der Führung der BJP seit 2014 ihre Act East Policy mit dem Ziel, in Nordostindien die interne und grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur auszubauen, Indiens wirtschaftliche Beziehungen zu Myanmar und den anderen ASEAN-Staaten zu verbessern sowie dem regionalen hegemonialen Einfluss Chinas entgegenzuwirken.

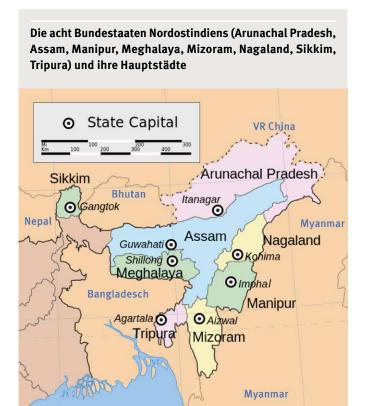
Der zwischen Indien und China umstrittene Verlauf ihrer Grenze im Nordosten und Nordwesten Indiens belastet das bilaterale Verhältnis seit Jahrzehnten, insbesondere seitdem indisch-chinesischen Grenzkrieg zwischen Ende Oktober und Ende November 1962. Im Oktober 1962 überschritten Truppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee die *Line of Actual Control* (LAC) in Ladakh und die *McMahon-Linie* in dem nordostindischen Bundesstaat Arunachal Pradesh,

wo vorübergehend die buddhistische Klosterstadt Tawang besetzt wurde. In den Kämpfen starben circa 2.000 Menschen. Der Krieg wurde durch den einseitigen Rückzug Chinas Ende November 1962 beendet.

China beansprucht fast die gesamte Fläche des an die *Autonome Region Tibet* angrenzenden Bundesstaates Arunachal Pradesh und bezeichnet dieses Gebiet in offiziellen Karten als 'Südtibet'. Auch die Nutzung des Brahmaputras, der zunächst durch die Autonome Region Tibet' und dann durch Nordostindien und Bangladesch fließt, ist zwischen Indien und China umstritten. China baut – wesentlich schneller als Indien – die zivil-militärische Verkehrs- und Energieinfrastruktur in den Grenzgebieten aus, die an die Bundesstaaten Arunachal Pradesh und Sikkim sowie an Bhutan und Nepal angrenzen. Damit verfügt China im östlichen Himalaya über eine Ausgangsposition, durch die es seinen ökonomischen und politischen Einfluss mittelfristig auch in Nordostindien erweitern kann.

Nordostindische Bundesstaaten und Minderheiten

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Indiens 1947 existierten in Nordostindien mehrere eigenständige Fürstentümer und zahlreiche autonome Bevölkerungsgruppen. Sie wurden in einigen Gebieten gegen den Willen der jeweiligen lokalen Führungseliten und der Mehrheit der lokalen



Quelle: Auf der Grundlage der Karte unter https://en.wikipedia.org/wiki/ File:Northeast_India_States.svg von den Autor:innen erstellt

Gesellschaften durch die Unionsregierung in den neuen Nationalstaat integriert. Die Unionsregierung setzte gegen sezessionistische Bewegungen auch die Armee ein. Sowohl unbewaffnete als auch bewaffnete Gruppen forderten vor und nach der Unabhängigkeit Indiens die staatliche Unabhängigkeit oder eine weitgehende Autonomie bestimmter Territorien und verschiedener sozialer Gruppen. Es entstanden zahlreiche bewaffnete Untergrundorganisationen. Einige wurden bis in die Siebzigerjahre hinein von der VR China u.a. durch Waffen unterstützt.

Die misslungene Beteiligung und Einbeziehung dieser lokalen Führungseliten und Gesellschaften bei der Integration Nordostindiens in den indischen Nationalstaat und die dabei von der Unionsregierung eingesetzten Zwangsmaßnahmen zählen zu den historischen Hauptursachen von Gewaltkonflikten, von denen einige bis in die Gegenwart hinein nicht beendet werden konnten. (2) Bewaffnete Untergrundorganisationen entstanden insbesondere in den heutigen Bundesstaaten Assam, Manipur, Meghalaya, Mizoram und Nagaland. Der erste Gewaltkonflikt entwickelte sich in Nagaland, wo eine politische Organisation von Nagas bereits am 14. August 1947, einen Tag vor Indiens Unabhängigkeit, die staatliche Unabhängigkeit des Gebietes erklärte. In den folgenden Jahrzehnten spaltete sich diese Bewegung mehrfach und schwächte damit ihren Einfluss. Heute fordern nur noch einige wenige Naga-Gruppen eine völlige staatliche Souveränität.

Sieben der acht nordostindischen Bundesstaaten – ohne Sikkim – werden als sieben Schwestern bezeichnet, da sie trotz ihrer sozio-kulturellen Vielfalt historisch eng miteinander verwoben sind. Nordostindien unterscheidet sich in seiner Geschichte deutlich vom Kernland der indischen Union. Zum Zeitpunkt der indischen Unabhängigkeit 1947 gab es im Nordosten nur die drei politischen Einheiten Manipur, Tripura und Assam. Das damalige Assam umfasste neben dem heutigen Bundesstaat auch die Gebiete der heutigen Bundesstaaten Nagaland, Mizoram, Meghalaya und Arunachal Pradesh. Im Jahr 1963 wurde Nagaland von Assam abgetrennt und als neuer Bundesstaat etabliert. 1972 erhielten auch Manipur und Meghalaya den Status eines Bundesstaates und Mizoram wurde ein 'Sonderverwaltungsgebiet' der Union. 1987 wurden die Bundesstaaten Arunachal Pradesh und Mizoram gegründet. Eine gemeinsame Institution der acht nordostindischen Bundesstaaten, der Rat des Nordostens (North East Council), wurde 1971 eingerichtet. Dieser Rat soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region fördern.

Die indische Verfassung schützt durch den Artikel 371 die Selbstbestimmungsrechte in den Bundesstaaten Nagaland, Manipur, Arunachal Pradesh, Mizoram und Sikkim. Der VI. Zusatz (VI. Schedule) zur Verfassung soll spezifische Land- und Selbstbestimmungsrechte der indigenen Gruppen in einigen Bundesstaaten Nordostindiens garantieren. Diese Bestimmungen ermöglichen es diesen Gruppen, Bezirks- und Regionalräte einzurichten, die unter Berücksichtigung der traditionellen Autonomie und lokalen Selbstverwaltungseinrichtungen staatlich-administrative Aufgaben wahrnehmen.

Ein Großteil der Bevölkerung Nordostindiens besteht aus Angehörigen verschiedener indigener Gruppen mit eigenen Sprachen, Traditionen und Lebensweisen. Die Sozialstrukturen Nordostindiens sind überwiegend patriarchalisch, eine Ausnahme bildet der Bundesstaat Meghalaya mit seinen matrilinearen Sozialstrukturen. Untersuchungen über die Anzahl der in Nordostindien gesprochenen Sprachen

Bevölkerung ganz Indien:

1,2 Milliarden (2011)

Bevölkerung Nordostindiens (in Mill.) (2011):

Insgesamt 46 (davon 31 Assam/ 3,7 Tripura/ 3,0 Meghalaya/ 2,6 Manipur/ 2,0 Nagaland / 1,4 Arunachal Pradesh / 1,1 Mizoram/ 0,61 Sikkim)

Einwohner der größten Städte Nordostindiens (in Mill.):

Guwahati 1,1./Agartala ca. 0,6/Imphal ca. 0,5

Fläche Nordostindiens:

262.000 km² (Deutschland: 358.000 km²)

Quelle: vgl. Anmerk. 3



Straßenszene in Guwahati, Hauptstadt Assams (Foto: Dieter Reinhardt)

weichen stark voneinander ab. Die meisten Erhebungen bzw. Schätzungen staatlicher Stellen und wissenschaftlicher Untersuchungen sprechen von 200 bis 300 Sprachen, die in Nordostindien benutzt werden. Gut die Hälfte der nordostindischen Gesamtbevölkerung wurde im letzten landesweiten Bevölkerungszensus der Unionsregierung von 2011 als Hindus, knapp ein Viertel als Muslime und knapp ein Fünftel als Christen eingestuft. Der Anteil der Christen, die sehr verschiedenen Denominationen angehören, an der Gesamtbevölkerung ist im Vergleich zu anderen Regionen Indiens sehr hoch.

Sozioökonomische Lebensbedingungen

Die Lebensbedingungen sind laut UN-Human Development Index (HDI), der u.a. die Kinder- und Müttersterblichkeit, die Dauer des Schulbesuchs und die Lebenswartung berücksichtigt, in einigen nordostindischen Staaten im Vergleich mit anderen Regionen Indiens besser. (4) Wie in ganz Indien existiert aber auch hier eine sehr große Kluft zwischen Oberschicht, Mittelschicht und ärmeren Bevölkerungsgruppen und es gibt große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesstaaten. So weichen die Kinder- und Müttersterblichkeit und die Lebenserwartung je nach Einkommensklasse, stark voneinander ab. Die Sterblichkeitsrate für Kinder unter fünf Jahren sind in einigen ländlichen Gebieten – wie z.B. in Assam – dreimal so hoch wie in städtischen Gebieten. (5) Zu den ärmsten

Bevölkerungsgruppen zählen Dorfgemeinschaften, die in unwegsamen Bergregionen leben. Auch die Arbeits- und Lebensbedingungen eines Großteils der Teeplantagenarbeiter:innen und ihrer Familien sind extrem schwierig.

In den letzten Jahrzehnten fand eine starke Migration in andere indische Bundesstaaten, insbesondere in den Dienstleistungssektor statt. Die städtische und ländliche Mittelschicht Nordostindiens ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen. Seit einigen Jahrzehnten werden neue Unternehmen u.a. in den Bereichen Lebensmittelverarbeitung, Konsumgüter und Dienstleistungen gegründet. Die Akkumulation von Reichtum basierte in Nordostindien in den letzten hundert Jahren u.a. auf den Gewinnen aus den Teeplantagen, auf die bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts erfolgende Erdölförderung in Assam, auf Großgrundbesitz und überregionalen Handelsnetzwerke. Ein Großteil der Gewinne wurde und wird aber nicht innerhalb Nordostindiens reinvestiert, sondern in anderen Regionen Indiens oder im Ausland.

Corona-Pandemie in Nordostindien

Zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 war die offizielle Zahl von Corona-Infizierten in Nordostindien sehr gering. So wurde die erste Infektion in der Region erst am 24. März 2020 in Manipur offiziell bestätigt. (6) Der dann einsetzende Anstieg spiegelte den landesweiten Trend wider.

Alphabetisierungsrate in Prozent der Bevölkerung (2011)*

- In ganz Indien: 74 (Frauen 65, Männer 82)
- In Nordostindien (NOI): Mizoram 91, Tripura 87, Sikkim 82, Nagaland 80, Manipur 79, Meghalaya 75, Assam 73, Arunachal Pradesh 66

Anteil der Kinder im Alter unter 1, die im 1. Lebensjahr sterben (infant mortality) in Promille (2013)**

- In ganz Indien: 40
- In NOI: Manipur 10, Nagaland 18, Sikkim 22, Tripura 26, Arunachal Pradesh 32, Mizoram 35, Meghalya 47, Assam 54

Bevölkerung in Prozent unter der 'Poverty Line' (die sogenannte 'Ranjaran Methology') (2011)***:

- In ganz Indien (2011): 29,5
- In NOI (2011): Nagaland 14, Sikkim 18, Meghalaya 24,
 Tripura 25, Mizoram 27, Arunachal Pradesh 37, Assam 41, Manipur 47
- * Quelle: vgl. Anmerk. 7
- ** Quelle: vgl. Anmerk. 8
- *** Quelle: vgl. Anmerk. 9; vgl. zur Definition 'Poverty Line' nach der 'Ranjaran Methology' Anmerk. 10

Im Jahr 2020 wurden in Nordostindien insgesamt knapp 250.000 Infizierte offiziell registriert. (11) Das schlechte Gesundheitssystem kann aber auf die Pandemie nur begrenzt reagieren. So werden Patient:innen, die aus anderen Gründen als einer Corona-Infizierung medizinische Hilfe benötigen, oft nicht versorgt. Die Pandemie verschlechtert die – insbesondere für Frauen – schwierige medizinische Situation zusätzlich und ist von einer Zunahme von genderbasierter Gewalt gegen Frauen begleitet. Nach offiziellen Zahlen sank die Zahl der Neuinfizierten Ende 2020/Anfang 2021 im Nordosten sehr deutlich, erhöhte sich jedoch im Frühjahr 2021 wieder sehr schnell und stärker als in allen anderen Regionen. (12)

Die in Nordostindien stationierten Armeeangehörigen werden als ein Hauptgrund für die erste Phase der Verbreitung der Pandemie angesehen. So forderte die Regierung Mizorams mehrmals die Unionsregierung auf sicherzustellen, dass Armeeangehörige bei der Einreise nach Mizoram sich dem gesetzlich vorgeschriebenen CoronaTest nicht mehr entziehen können. Knapp die Hälfte der in Arunachal Pradesh letztes Jahr positiv Getesteten waren dort stationierte Armeeangehörige.

Menschen aus dem Nordosten Indiens erfuhren bereits vor der Pandemie rassistische Diskriminierung in 'Mainland India', wie die anderen Regionen Indiens im Nordosten oft bezeichnet werden. Durch die Pandemie verstärkten sich rassistische Übergriffe auf die vermeintlich 'chinesisch' aussehenden Nordostinder:innen, denen unterstellt wurde, den Virus nach Indien eingeschleppt zu haben und zu verbreiten. Viele von ihnen wurden aus ihren Wohnungen in Delhi und anderen Städten vertrieben oder konnten Supermärkte und anderen Geschäften nicht mehr betreten. Es gab auch körperliche Angriffe, bei denen Nordostinder:innen bespuckt oder geschlagen und als 'Coronavirus' beschimpft wurden. Circa 300 Krankenpfleger:innen verließen Kolkata im März und April 2020, weil sie mit rassistischen Vorwürfen konfrontiert waren, ihre Wohnungen gekündigt worden waren oder weil sie kein Gehalt mehr erhalten hatten.

Die Pandemie hat nicht nur in Nordostindien, sondern in ganz Indien, die Lebenssituation der vulnerablen und armen Bevölkerungsgruppen weiter verschlechtert. Neben staatlichen Stellen unterstützen zahlreiche Selbsthilfeorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen in Nordostindien – häufig zusammen mit ihren jeweiligen internationalen Partnerorganisationen – die Bevölkerung und fordern die Bundesstaaten auf, die staatlichen Corona-Unterstützungsprogramme auszubauen.

Ressourcenerschließung und Infrastruktur

Nordostindien verfügt über teilweise noch nicht erschlossene umfangreiche Erdöl-, Erdgas-, Uran- und Kalksteinvorkommen, die in der Zementproduktion eingesetzt wird. So werden bei Erdöl- und Erdgasprobebohrungen – wie u.a. in Manipur – neue Vorkommen gefunden. Die Förderung und Verarbeitung dieser Rohstoffe ist häufig verbunden mit der Verletzung von geltenden Gesetzen, die Umweltverträglichkeitsprüfungen und eine Partizipation der lokalen Bevölkerung bei der Planung der Rohstoffgewinnung vorschreiben. Häufig werden auch Landrechte der Bevölkerung missachtet und keine oder nur eine unzureichende Entschädigung gezahlt.

Nordostindien wird als Future Power House of India bezeichnet, weil es über ein großes, weitgehend ungenutztes Potential der Stromerzeugung durch Wasserkraftwerke verfügt. Die Region soll nach Angaben der Unionsregierung über ein Wasserkraftpotential von mehr als 55 Gigawatt (oder 55.000 Megawatt) verfügen. Nur einige der teilweise bereits seit mehreren Jahrzehnten geplanten Wasserkraftwerke und Staudämme, die insbesondere in Arunachal Pradesh an den Zuflüssen zum Brahmaputra errichtet werden sollen, wurden auch tatsächlich gebaut. Proteste der lokalen



Brahmaputra in Assam (Foto: Dieter Reinhardt)

Bevölkerung gegen diese Projekte sind eine der Ursachen dafür. Diese Bauprojekte basieren in der Regel auf unzureichenden Umweltgutachten. Sie berücksichtigen weder die negativen ökonomischen und ökologischen Folgen dieser Kraftwerke für die betroffenen, indigenen Gruppen, noch die Tatsache, dass diese Kraftwerke und Dämme in einer Erdbebenzone der höchsten Stufe liegen.

Internationale Regelungen und indische Gesetze schreiben vor, dass auch der Bau von Staudämmen und Wasserkraftwerken auf Umweltverträglichkeitsprüfungen und auf einer Konsultation der lokalen Bevölkerung basiert, die in einem frühen Stadium der Planung einsetzen muss und die auf den Konsens dieser Bevölkerung abzielt. Die Verpflichtung, Konsultationen durchzuführen, sind Teil der UN-Erklärung für die Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (u.a. Art 5) sowie der FAO-Leitlinien zum Recht auf Nahrung (2004) und werden in den Berichten des UN-Sonderberichterstatters zum Recht auf sauberes Wasser regelmäßig eingefordert (13). Die UN-Erklärung über die Rechte indigenen Völker, die 2007 von der UN-Generalversammlung auch mit Zustimmung der Regierung Indiens verabschiedet worden war, enthält das Prinzip "Freie, vorherige und informierte Zustimmung" (Free, Prior and Informed Consent), das ebenfalls einen umfassenden Konsultationsprozess beinhaltet.

Umweltverträglichkeitsprüfungen und Konsultationen werden häufig bei Projektplanungen entweder gar nicht oder nur unzureichend durchgeführt und beziehen meistens nicht alle Betroffenen ein. So sprachen sich z.B. im Dibang Valley Distrikt in Arunachal Pradesh die Angehörigen der Idu Mishmi fast einhellig gegen das geplante 3.000 MW Dibang Wasserkraftwerksprojekt aus – voraussichtlich aber vergeblich Beim Tipaimukh –Staudamm in Manipur wurde eine Baugenehmigung erteilt, ohne dass die betroffene Bevölkerung konsultiert worden war und ihre Zustimmung erteilt hatte; stattdessen wurde die Armee zum Schutz des Baugeländes und der Zufahrtsstraßen eingesetzt. (14) Die Weltbank und die Asian Development Bank fördern u.a. wegen



Reisanbau in Assam (Foto: Dieter Reinhardt)

dieser Praktiken nicht mehr den Bau von Kraftwerken und Staudämmen, sondern nur noch den Ausbau des Stromnetzes.

Wälder, Umweltschutz und Klimawandel

Die Landschaft Nordostindiens ist geprägt von Wäldern, die über die Hälfte der Gesamtfläche der Region einnehmen, und von der großen Flussebene des Brahmaputras. Die Region zählt zu den Gebieten Indiens mit der höchsten Biodiversität. Es gibt fast 30 Nationalparks mit hohen Umweltschutzstandards. Dazu zählen u.a. die Nationalparks Balpakram in Meghalaya, Khangchendzonga in Sikkum und Kaziranga in Assam, eine UNESCO-Weltnaturerbestätte mit einer Fläche von 430 km² (größer als das Bundesland Bremen). Die Abholzung, Infrastruktur- und Industrieprojekte sowie die Urbanisierung reduzieren jedoch die Qualität und den Umfang dieser Wälder und Nationalparks.

Der Klimawandel verursacht in einem komplexen Zusammenspiel mit anderen Faktoren heftigere Niederschläge und einen früher einsetzenden Monsun – wie auch in anderen Region Indien. (15) Das Abschmelzen der Himalaya-Gletscher erhöht die Häufigkeit und Intensität der Überschwemmungen durch den Brahmaputra, in dessen Einzugsgebiet in Nordostindien über 5 Millionen Menschen leben und der in Bangladesch in den Golf von Bengalen mündet.

'Aufstandsbekämpfung' und das Sonderermächtigungsgesetz AFSPA

Die Unionsregierung verabschiedete 1958 das Sonderermächtigungsgesetz Armed Forces (Special Powers) Act (AFSPA), das große Ähnlichkeit hat mit einem Gesetz der früheren Kolonialmacht Großbritannien. Das Gesetz stattet indische Sicherheitskräfte in Gebieten, die von dem Gouverneur bzw. der Regierung eines Bundesstaates in Absprache mit dem Innenministerium zu einem 'Unruhegebiet' (disturbed area) erklärt werden, mit Sonderrechten aus. Das Gesetz wurde erstmals 1958 in Naga-Gebieten angewendet. Später wurde und wird das Gesetz auch in anderen nordostindischen Gebieten und ab 1990 auch in Jammu und Kaschmir angewendet.

Das Gesetz erlaubt Angehörigen der militärischen Sicherheitskräfte, u.a. "auf eine Person, die gegen ein geltendes Gesetz oder eine geltende Ordnung verstößt, zu schießen oder auf andere Weise Gewalt anzuwenden, auch wenn dies den Tod zur Folge hat, wenn das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung für erforderlich erachtet wird." (16) Das Gesetz gewährt auch bei schweren Menschenrechtsverletzungen Straffreiheit. Das AFSPA wird von indischen Sicherheitskräften auch benutzt, um Zivilist:innen, politische Führungspersonen oder bewaffnete Personen zu liquidieren.

Die verschiedenen Unionsregierungen haben in den vergangenen Jahrzehnten eine immer größere Zahl von Sicherheitskräften und von paramilitärisch organisierten Hilfstruppen in Nordostindien eingesetzt. Seit einigen Jahren ist die Anzahl getöteter Zivilist:innen und Mitglieder militanter Untergrundorganisationen und staatlicher Sicherheitskräfte in ganz Nordostindien allerdings gesunken und die Zahl der in Nordostindien stationierter Sicherheitskräfte etwas reduziert worden.

Im März 2012 besuchte der damalige UN-Sonderberichterstatter zu extralegalen, summarischen und willkürlichen Hinrichtungen, Christof Heyns, bei seinem offiziellen Besuch Indiens auch den Nordosten. Sein Zwischen- und Abschlussbericht führte dazu, dass im September des gleichen Jahres ein Verfahren vor dem Supreme Court Indiens zu insgesamt 1528 Einzelfällen extralegaler Tötungen in Manipur eröffnet werden konnte. Die Armee hatte bis dahin alle Versuche, ein Gerichtsverfahren einzuleiten, mit dem Argument blockiert, dass das AFSPA diese Tötungen legalisiere und eine sehr weitgehende Straffreiheitsgarantie für Sicherheitskräfte gewähre. Der Supreme Court setzte jedoch nach den Berichten des UN-Sonderberichterstatters eine Untersuchungskommission ein, um über die Zulässigkeit eines Gerichtsverfahrens Aufschluss zu erhalten. Die Kommission wählte sechs exemplarische Fälle aus, in denen insgesamt sieben Menschen zu Tode gekommen waren. Die Kommission stellte im Juli 2013 in ihrem Bericht fest, dass es sich offensichtlich um Zivilisten gehandelt hatte, dass die staatlichen Sicherheitsbehörden die Umstände ihres Todes fälschlich als bewaffnete Auseinandersetzung mit Kombattanten deklariert hatten und dass das AFSPA missbräuchlich angewandt worden war. Daraufhin eröffnete der Supreme Court ein Verfahren, das jedoch insbesondere wegen Prozessverschleppungen durch die Sicherheitsorgane bis heute nicht abgeschlossen werden konnte. In Indien fordern seit vielen Jahren nicht nur Menschenrechtsorganisationen, sondern auch einzelne Landesregierungen, die vollständige Annullierung des AFSPA.

Intensität der Gewaltkonflikte und Waffenstillstandsvereinbarungen

In den Gewaltkonflikten in Nordostindien werden massive Menschenrechtsverletzungen begangen, für die größtenteils staatliche Sicherheitskräfte, aber auch Untergrundorganisationen verantwortlich sind. Zwischen Ende der 1990er und den ersten Jahren nach 2000 erreichte die Anzahl der in diesen Konflikten getöteten Menschen einen Höhepunkt. Damals wurden jährlich ca. 1.600 Menschen getötet. Über die Hälfte davon waren Zivilisten, ein Drittel Angehörige der Untergrundorganisationen und knapp ein Sechstel Angehörige der Armee und anderer staatlicher Sicherheitskräfte. In manchen Jahren war es in Gebieten der sogenannten staatlichen 'Aufstandsbekämpfung' lebensgefährlich, ein Mann im Alter zwischen 17 und 35 Jahren zu sein. Sie galten automatisch als potenzielle Aufständische und waren deshalb besonders von extralegalen Tötungen betroffen. Seit 2001 sinkt zwar die jährliche durchschnittliche Anzahl der Opfer, aber es gab in größeren Zeitabständen auch einzelne lokale Konflikte mit vielen Opfern. Zwischen 2015 und 2016 lag die Anzahl der Getöteten jährlich deutlich unter 200 Personen – mit weiter sinkender Tendenz (17). Für das Jahr 2018 werden 73 Personen, 2019 insgesamt 34 Menschen und im Jahr 2020 insgesamt 27 Personen in der Statistik ausgewiesen, die in Konflikten getötet worden sind; von diesen 27 Personen sollen zehn in Arunachal Pradesh, acht in Assam, sieben in Manipur und zwei In Nagaland getötet worden sein. (18)

Einige Untergrundorganisationen haben Waffenstillstandsabkommen mit der indischen Unionsregierung abgeschlossen oder führen sich häufig über viele Jahre hinziehende Waffenstillstands-bzw. Friedensverhandlungen. Die Unionsregierung führt in der Regel Verhandlungen nur mit ausgewählten Flügeln, Fraktionen und Führungspersonen einer Organisation, um interne Spannungen und Abspaltungen zu erzeugen. Diese Verhandlungstaktik erreichte vielfach dieses Ziel. Sie hatte jedoch zur Folge, dass neben größeren, relativ stabilen Organisationen, eine Vielzahl bewaffneter Splittergruppen entstanden, die primär nicht mehr politische, sondern ökonomische, kriminelle Ziele durch ,Zwangssteuern', Drogen- und Waffenhandel, Schmuggel und Erpressungen verfolgen. Dadurch sind Gewaltökonomien entstanden, die eine Verlängerung von Konflikten verursachen und an denen auch Angehörige von Sicherheitsorganen und staatlichen Verwaltungen und Politiker beteiligt sind.



Teeplantage in Assam (Foto: Dieter Reinhardt)

Militarisierung politischer Konflikte

In einigen Gebieten identifizierte sich ein Großteil der lokalen Bevölkerung vor und nach der Unabhängigkeit Indiens mit den Zielen bewaffneter Untergrundorganisationen und stand auch dem von ihnen geführten bewaffneten Kampf positiv gegenüber. Die einsetzenden Gewaltkonflikte führten jedoch nicht zu einer Erweiterung von Selbstbestimmungsrechten und staatsbürgerlichen Rechten, sondern zum Abbau von diesen Rechten. Die Bevölkerung war zunehmend betroffen von Gewalt und Repression, die sowohl von staatlichen Sicherheitskräften als auch von Untergrundorganisationen ausgeübt wurden. So setzen Sicherheitskräfte und Untergrundorganisationen z.B. Landminen ein, was zu vielen zivilen Opfern führte und in einigen Gebieten die Landwirtschaft zum Erliegen brachte. Diese Entwicklungen führten dazu, dass der gesellschaftliche Rückhalt für diese Organisationen in den letzten Jahrzehnten sehr stark zurückgegangen ist.

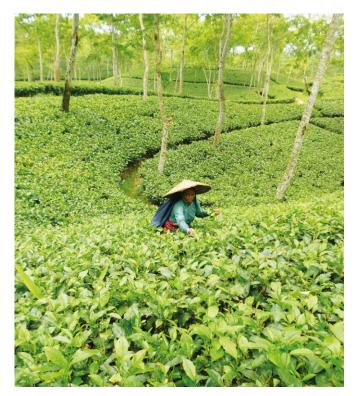
Zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen versuchen, die von der Verfassung Indiens garantierten Bürger:innenrechte und politischen Autonomierechte einzufordern – teils mit, teils ohne Kooperation mit Untergrundorganisationen. Initiativen und Organisationen arbeiten in den Bereichen Friedensarbeit und Streitschlichtung und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen in Gewaltkonflikten. Obwohl sie ausdrück-

lich nicht mit bewaffneten Organisationen kooperieren, wird ihnen aber häufig von Sicherheitskräften und von Unionsregierung vorgeworfen, sie zu unterstützen. Mit dieser Behauptung werden dann Repressionsmaßnahmen gegen diese zivilen Initiativen gerechtfertigt.

Staatliche Sicherheitskräfte werden auch beim Rohstoffabbau und der -erkundung eingesetzt. So sichern sie z.B. die Erschließung von Uranminen in Meghalaya ab. Umweltinitiativen, die Umweltprobleme dokumentieren und öffentlich darauf hinweisen, werden von ihnen bedroht. Aufgrund von Einschüchterung und Unterdrückung sind zivilgesellschaftliche Organisationen nur selten in der Lage, einen breiten gesellschaftlichen Protest gegen fehlende Rechtsstaatlichkeit, Umweltprobleme oder die Bedrohung der landwirtschaftlichen Produktion durch große Staudammprojekte zu organisieren.

Gewaltkonflikt und Migration in Assam

Gewaltkonflikte werden auch durch Parteien, gesellschaftliche Organisationen und militante Untergrundorganisationen verursacht, die die Zuwanderung aus anderen Landesteilen Indiens oder aus dem benachbarten Bangladesch politisch instrumentalisieren. Davon war auch Assam betroffen. Anfang der 1980er Jahre entstand die militante ethnonationalistische Bewegung *United Liberation Front of Assam* (ULFA), deren fremdenfeindliche Agitation bis in die Gegenwart sich insbesondere auf die



Teeplantagenarbeiterinnen in Assam (Foto: Dieter Reinhardt)

häufig seit vielen Jahrzehnten in Assam lebenden Bengalen aus dem indischen Bundesstaat Westbengalen oder aus Bangladesch, dem früheren Ost-Pakistan, bezieht.

Die ULFA behauptete in einer Verschwörungsthese, dass die Unionsregierung systematisch die Zuwanderung von Bengalen fördere, um dadurch eine Verschiebung der Bevölkerungsanteile zuungunsten der Assames:innen zu erreichen und sich dann deren landwirtschaftliche Ressourcen anzueignen. Ethnonationalistische Fremdenfeindlichkeit hat sich dadurch ähnlich wie in anderen Staaten Nordostindiens verbunden mit Ängsten vor dem Verlust von eigenem Land, des traditionellen Rechtssystems, der traditionellen und dörflichen Verwaltungsautonomie. Schließlich eskalierte diese Agitation in Gewaltkonflikten zwischen Teilen der assamesischen Gruppe der Bodos und muslimischen Bengalen. Im Jahr 2008 flüchteten ca. 80.000 Menschen vor diesem Konflikt, von denen noch heute viele als Binnenvertriebene in Assam leben.

Geschlechterbasierte Diskriminierung und Gewalt

Zahlreiche Frauenorganisationen und Menschenrechtsaktivist:innen fordern seit Jahren Maßnahmen zur Reduzierung und Abschaffung der strukturellen Diskriminierung von Frauen und gegen geschlechterspezifische Gewalt. Fast alle indigenen und nicht-indigenen Gesellschaften in Nordostindien, sind patriarchal organisiert und verweigern Frauen den Besitz an Land oder anderen Ressourcen sowie

die Mitgliedschaft sowohl in modernen als auch traditionellen lokalen Entscheidungsgremien. Viele Menschen werden Opfer sexualisierter Gewalt in den bewaffneten Konflikten. Vergewaltigung wird systematisch als Kriegswaffe von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren eingesetzt.

Regelmäßig ist die Diskriminierung von Frauen und sexualisierte Gewalt im Nordosten und in anderen Regionen Indiens Gegenstand von völkerrechtlichen Analysen und Entscheidungen von UN-Menschenrechtsgremien. So legte im Juni 2014 die UN-Sonderberichterstatterin zum Thema Gewalt gegen Frauen, Rashida Manjoo, ihren Bericht über Indien dem UN-Menschenrechtsrat vor. (20) Anfang Juli 2017 diskutierte der UN-Fachausschuss zur Überwachung der *UN-Frauenrechtskonvention* (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women/CEDAW) über Berichte, die die mangelnde Umsetzung der Konvention in Indien dokumentierten. (21) Diese Sonderberichterstatterin und der Fachausschuss zur Frauenrechtskonvention fordern die indische Regierung regelmäßig und häufig vergeblich auf, auf ihre Empfehlungen zeitnah zu reagieren und diese umzusetzen.

NGOs aus Nordostindien informieren UN-Beauftragte und -Berichterstatter:innen regelmäßig über Menschenrechtsverletzungen. So übermittelten NGOs aus Manipur im März 2019, anlässlich der 40. Tagung des UN-Menschenrechtsrates, eine Stellungnahme an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR) und sprachen sich darin für eine unabhängige OHCHR-Untersuchung der Gewalt gegen Frauen aus. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben 2020 eine starke Zunahme häuslicher Gewalt während der Corona-Pandemie dokumentiert und lokale Regierungen aufgefordert, umgehend Gegenmaßnahmen zu ergreifen. (19)

Starke Zivilgesellschaft, nachhaltige Entwicklung und zivile Konfliktbearbeitung

Gewaltfreie Protestaktionen und zivile Konfliktaustragung haben in Indien eine lange Tradition. Zivilgesellschaftliche Organisationen entwickelten sich als eigenständige Akteure in Nordostindien im Rahmen von Versuchen, mit gewaltfreien Mitteln gewaltförmige Konflikte und die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens und ökonomischer Strukturen zu reduzieren und zu beenden. Die gesellschaftliche Unterstützung solcher gewaltfreier Strategien ist stark gewachsen und viele neugegründete zivilgesellschaftliche Basisorganisationen und NGOs sind zu einem einflussreichen Akteur der Öffentlichkeit geworden. Angesichts der starken Militarisierung der Region haben

sich zivilgesellschaftliche Strukturen aber relativ spät entwickelt.

Seit den 1980er Jahren sind Selbsthilfeinitiativen, NGOs und Advocacy- und Lobby-Netzwerke im Nordosten in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Landrechte, Bildung, Gendergerechtigkeit, nachhaltige Landwirtschaft, Umwelt und Rechten von Arbeiter:innen auf Teeplantagen und Menschenrechten tätig. Die Themenfelder Korruptionsbekämpfung und Konflikttransformation sind später hinzugekommen. Diese Initiativen und Organisationen fordern die Unionsregierung und die Regionalregierungen kontinuierlich auf, verbesserte Gesetze zur Armutsbekämpfung zu verabschieden und durch entsprechende Projekte tatsächlich umzusetzen. Sie versuchen, die existierende, extreme Diskriminierung armer Bevölkerungsgruppen zu reduzieren und die Rechte von indigenen Gruppen in ländlichen (Berg-) Regionen und auf den Teeplantagen zu stärken. Viele Frauenorganisationen verfolgen einen breiten menschenrechtspolitischen Ansatz. Sie setzen sich auf dem Land wie in der Stadt gegen sexualisierte Gewalt und Ausgrenzung ein und versuchen auch männliche Jugendliche dabei zu unterstützen, sich nicht in militante Untergrundorganisationen hineinziehen zu lassen bzw. sie zu verlassen.

Es gibt immer wieder Versuche, die diversen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse im Nordosten stärker regional zu vernetzen, was aber angesichts der großen Diversität der Region eine große Herausforderung ist. Die stärker werdende Zivilgesellschaft wird sich auch zukünftig – trotz aller Probleme, Widerstände und Repressionen – für die gewaltfreie Konflikttransformation, nachhaltige Entwicklung und die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen.

Quellen/Literatur

•••••

- 1) Das, Tuhin K/Ivy Das Gupta (2019). Northeast India Prepared to be the Gateway to Southeast Asia and Pacific Countries?. In: The BESC Journal of Commerce and Management, Volume 5, July 2019, S. 66-81
- 2) Baruah, Sanjib (2020). In the name of the Nation, India and its Northeast, Standford University Press, 278 pages
- 3) Vgl. North Eastern Council/Government of India (2015). Basic statistics of North Eastern Region und Ministry of Home Affairs India (2011). Census 2011, Provisional Population Totals, Our Census, Our Future, 31st March 2011
- 4) Vgl.Nayak, Purusottam (2012). Human Development in Northeastern Region of India: Issues and Challenges, MPRA Paper No. 41582, North Eastern Hill University, 10 August 2012
- 5) UNICEF (2020). Children in Assam, unter https://www.unicef.org/ india/where-we-work/assam
- 6) Thakur, Atul (2021). Northeast may be next Covid hotspot. In: Times of India, 25. May 2021, unter https://timesofindia.indiatimes.com/india/northeast-may-be-next-covid-hotspot/articleshow/82924218.cms
- 7) Vgl. a) Konwar, Paranan (2015). Socio-economic conditions,

- inequality and deprivation in North East India, 1 July 2015
- 8) Ghatak, Amrita/N. Lalitha (2015). Paper for oral presentation at the national seminar on health and poverty with special emphasis on north-east India, organized jointly by NEHU and ISI Kolkata in Shillong from 8th to 10th October, 2015, Health in North-Eastern States of India: An Analysis of Economic Vulnerabilities;
- 9) World Bank (2020). Poverty & Equity Brief. India. South Asia. April
- 10) Dr. Rangarajan definiert 'Armut' nicht als ein Tageseinkommen unter 2 US Dollar, wie die Weltbank, sondern unter 2,4 US Dollar: "The World Bank also talks about purchasing power parity terms. The minimum expenditure per day. They are talking about USD 2 per day whereas our estimates comes to USD 2.4. Therefore it (our poverty estimates) is in keeping with the international standards". In: The Hindu (2014). Rangarajan defends poverty estimates, 17. July 2014, unter https://www.thehindu.com/business/Economy/Ran- garajan-defends-poverty-estimates/article11257188.ece
- 11) Deori, Urmijyoti/Gitumoni Konwar (2020). Impact of COVID-19 in North Eastern States of India In: International Journal of Health Sciences and ResearchVol.10; Issue: 6; June2020, S. 213-217, unter https://www.ijhsr.org/IJHSR_Vol.10_Issue.6_June2020/33.pdf
- 12) The Sentinel (2021). COVID-19 ravaged Northeast in 2020 more than insurgency. In: 2. Jan. 2021, unter https://www.sentinelassam.com/north-east-india-news/tripura-news/covid-19-ravaged-northeast-in-2020-more-than-insurgency-519043
- 13) UN-Report of the Special Rapporteur on the human rights to safe drinking water and sanitation on his mission to India (2018). Report 6 July 2018, A/HRC/39/55/Add.1, unter http://daccess-ods.un.org/ access.nsf/Get?Open&DS=A/HRC/39/55/Add.1&Lang=E
- 14) Yumnam, Jitem (2021). High Tipaimukh dam negotiations sans peoples. In: E-Pao, 6. Sept. 2021, unter www.e-pao.net/epSubPageExtractor.asp?src=news_section.opinions.Opinion_on_Building_of_Tipaimukh_Dam.High_Tipaimukh_dam_negotiations_sans_peoples
- 15) Krishnan, R./ J. Sanjay/et al. (eds.) (2020). A Report of the Ministry of Earth Sciences (MoES), Government of India, eBook, Springer
- 16) Government of India (1958). Armed Forces (Special Powers) Act' (AFSPA, 11th September, 1958. https://legislative.gov.in/sites/default/files/A1958-28.pd
- 17) South Asia Terrorist Portal (SATP) (2020). Insurgency North East: Assessment- 2020, unter https://www.satp.org/terrorism-assess- ment/india-insurgencynortheast
- 18) siehe Anmerkung 17)
- 19) North East Network (2020). North East Network in Assam appeals to the Social Welfare Department for urgent response to Domestic Violence, April 15, 2020, unter https://northeastnetwork.org/ north-east-network-in-assam-appeals-to-the-social-welfare-department-for-urgent-response-to-domestic-violence/
- 20) UN Human Rights Comission (2014). Jahresbericht A/HRC/26/38, Länderbericht Indien, A/HRC/26/38/Add.1; vgl. auch Komitee zur Überwachung der UN-Frauenrechtskonvention (2014). Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW), 58 Session (30. June 2014 - 18. July 2014, CEDAW/C/ GC/30 vom 18. Oktober 2013, unter http://tbinternet.ohchr. org/_layouts/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=814&Lang=en
- 21) UN Human Rights Commission (2017). Letter of Hilary Gbedemah, Rapporteur on Follow-up, Committee on the Elimination of Discrimination against Women, REFERENCE: DB/follow-up/ India/6721September 2017, unter https://tbinternet.ohchr.org/ Treaties/CEDAW/Shared%20Documents/Ind/INT_CEDAW_FUL_ Ind_28967_E.pdf

Die Autor:innen

Dr. Theo Rathgeber, Dr. Dieter Reinhardt Koordinator:innen des North East India Forum (neif)

Über die Herausgeber*innen

Die **Stiftung Asienhaus** folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Das **North East India Forum (neif)** verfolgt das Ziel, die Menschenrechte der Bürger:innen in Nordostindien zu wahren, ihre Umsetzung einzufordern und das zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern. Unsere Arbeit beruht auf Vertraulichkeit in der Kommunikation mit unseren Partnern und ihren Organisationen.

Impressum

V. i. S. d. P. :

North East India Forum (neif) & Stiftung Asienhaus Hohenzollernring 52 50672 Köln (Germany) Tel.: +49-221-716121-13 neif@asienhaus.de www.asienhaus.de www.asienhaus.de/neif

Gesamtausstattung:

Zaadstra Design (www.zaadstra.design)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag von:







Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.



